

KURZ UND PRÄGNANT

SPD-Ausschließeritis

„Mit Befremden und vollkommenem Unverständnis“ reagierte Bodo Ramelow auf Äußerungen aus dem neu gewählten Thüringer SPD-Vorstand, auch künftig keine Koalition unter Führung eines LINKEN-Ministerpräsidenten eingehen zu wollen. „Die jetzt wieder begonnene seltsame Debatte zu möglichen Koalitionen mit den LINKEN soll nur den Stillstand der Landesregierung in allen wichtigen Lebensbereichen der Menschen überdecken.“ Die SPD setze wohl „die Schmierienkomödie von 2009 fort, als die Menschen einen Politikwechsel gewählt hatten und statt dessen eine Fortsetzung der selben alten und rückwärtsgewandten Politik unter aktiver Beteiligung der SPD erhielten“. DIE LINKE und ihre Wähler seien doch „keine zweite Wahl, über deren Gewicht man sich einfach hinwegsetzen könne. Diese Ausschließeritis ist ein Zeichen der Politikverweigerung“. Eine ganze Reihe von Problemen sei nach wie vor ungelöst. Hierzu gehöre beispielsweise, die Kulturstättenfinanzierung für die Landeshauptstadt endlich auf solide Füße zu stellen und der seit langem überfällige Hauptstadtvertrag zwischen Erfurt und dem Land. Die SPD sollte sich endlich auf Inhalte und einen tatsächlichen Politikwechsel konzentrieren. Beides könne sie aber nur gemeinsam mit der LINKEN erreichen. ■

Die Köckert-Akten

Da beim Ermittlungsverfahren in Sachen Köckert offenbar die zuständige Staatsanwaltschaft nicht die Liste des Innenministeriums über den gefundenen Bestand an Unterlagen und Akten kenne, forderte MdL Ralf Hauboldt das Innenministerium dringend auf, diese umgehend der Staatsanwaltschaft zuzuleiten und das Justizministerium zu informieren. Der justizpolitische Sprecher der Linksfraktion bezeichnete es als skandalös, dass das Thüringer Innenministerium und offensichtlich auch nachgeordnete Behörden ihren Pflichten nicht nachkommen. „Dieses zögerliche und intransparente Vorgehen nährt den heftigen Verdacht, dass Innen- und Sicherheitsbehörden alles versuchen, um eventuelle Versäumnisse und Fehlverhalten in ihren Reihen zu verschleiern und zu vertuschen.“ Es müsse aber alles getan werden, um einen weiteren Vertrauensverlust der Bürger in Fachkompetenz und Integrität der Sicherheitsbehörden und ihres Personals zu verhindern. „Innenministerium und Behörden müssen dafür sorgen, dass der Staatsanwaltschaft die sogenannten Köckert-Akten und -Unterlagen umfassend und zeitnah zur Verfügung stehen.“ ■

Abgabenregelungen endlich ändern

Volksbegehren reichte Klageerwidern beim Weimarer Verfassungsgerichtshof ein

In Sachen Kommunalabgaben hat Thüringen Nachholbedarf. Finanzielle Belastungen durch einmalig erhobene Beiträge sind durch einzelne Immobilien- und Grundstückseigentümer nicht handelbar.

Da werden in Gera am Ferberturm schon mal 4.000 Euro für die Straßenbeleuchtung fällig, während ein Straßenausbau dort in der Geraer Prärie auf sich warten lässt. Gut so, könnte man als Grundstücks- und Immobilien-eigentümer meinen, denn die Kosten für den Straßenausbau kämen zusätzlich hinzu. Seit Jahren kämpfen Bürgerinitiativen in Thüringen darum, dass diese Belastungen auf breitere Schultern verteilt werden.

Peter Hammen, der Sprecher der Bürgerallianz Thüringen e. V., hat in seiner aktiven Zeit in der Bürgerallianz mit bereits acht Innenministern über eine gerechtere Lösung diskutiert. Sogar mit der Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht kam er zusammen: Wie er sagt, habe sie seinen Ausführungen nur gelauscht und geschwiegen. Offenkundig wollte man kommunalabgabenrechtliche Problemstellungen, die sich in der Praxis zeigen, nicht lösen. Da die in der Bürgerallianz vertretenen Bürgerinitiativen nicht abwarten wollten, nahmen sie der Landesregierung Arbeit ab und starteten ein Volksbegehren zur Zulassung eines

Volksentscheides über einen eigenen Gesetzentwurf. Dieser sieht im Kern die Einführung einer Infrastrukturpauschale vor. Sie löst das Problem, dass



zu wenige Schultern zu viel an finanziellen Belastungen tragen müssen.

Eigenartigerweise wurde die Landesregierung nun aber doch tätig: Sie ließ vom Jenaer Prof. Dr. Michael Brenner in einer Klagschrift darlegen, weshalb das Volksbegehren an sich verfassungswidrig sei. Es würde sich dabei um Eingriffe in das Steuer- und Haushaltsrecht handeln, auf die Volksbegehren sich nicht beziehen dürfen laut der Thüringer Verfassung. Dass dies

nicht so sei, begründete dieser Tage der Prozessbevollmächtigte Frank Kuschel, zugleich kommunalpolitischer Sprecher der Linksfraktion im Thüringer Landtag, denn um eine Steuer handle es sich bei der Infrastrukturpauschale nicht und die Bürger würden sich durch ein novelliertes Kommunalabgabengesetz einer Beteiligung am Ausbau öffentlicher Einrichtungen auch nicht entziehen, formulierte er vor 150 Mitgliedern der Geraer Bürgerinitiative gegen zu hohe Kommunalabgaben.

Dass Prof. Michael Brenner für die Klagschifterstellung um die 30.000 Euro erhalten haben soll, ist vor diesem Hintergrund schon ein Skandal. Jedenfalls hat Peter Hammen schon mal vorsorglich die Landtagspräsidentin Birgit Diezel im Sinne des Gleichbehandlungsgesetzes gebeten, eine gleiche Summe der Bürgerallianz zur Verfügung zu stellen. Bis allerdings vor dem Thüringer Verfassungsgericht etwas entschieden wird, geht noch viel Zeit ins Land. Bis zum Spätsommer ist Zeit für gegenseitige Erwidierungen. Die erste haben Frank Kuschel und Peter Hammen am 13. März dem Thüringer Verfassungsgericht übergeben. Und bis das Thüringer Verfassungsgericht Urteil fällt, werden weiterhin durch Beitragspflichtige nicht zu schulternde Beitragsbescheide erlassen.

Sebastian Drechsler

Das Bürgerbüro informiert

Seit Februar 2012 ist das Bürgerbüro der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag mit Alexander Klein besetzt.

Unserem linken Anspruch nach einer bürgernahen und transparenten Politik wollen wir mit der Fortführung des Bürgerbüros Rechnung tragen. Über das Bürgerbüro wollen wir informieren und helfen, aber auch mit den Menschen in Kontakt kommen. Wir wollen dabei erfahren, wo die Probleme vor Ort

liegen, wo es nicht nachvollziehbares Behördenhandeln gibt oder wo Gesetzeslücken bestehen, um daraus Veränderungen für die Bürger zu erreichen.

Für die Durchsetzung der Bürgerinteressen ist jedoch nicht nur die parlamentarische Arbeit wichtig, daher ist es die Aufgabe des Bürgerbüros, die Bürgerinitiativen als Zentren der gelebten Demokratie und des menschlichen Miteinanders zu unterstützen und bei der Vernetzung mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. In Zusammenarbeit mit den Wahlkreisbüros ist das Bürgerbüro auch vor Ort für die Bürgerinnen und Bürger da. Zu diesem Zwecke wird das



Bürgerbüro auch Informationsveranstaltungen vor Ort zu aktuellen Fragen anbieten.

Kontakt:

Alexander Klein

Bürgeranliegen, Petitionen, wissenschaftlicher Mitarbeiter für Stadtentwicklung und Regionalplanung

Jürgen-Fuchs-Straße 1

99096 Erfurt

Telefon 0361 / 377 2637

Telefax 0361 / 377 2630

klein@die-linke-thl.de

www.die-linke-thl.de

Kommunale Wirtschaft

„Die Absichtserklärung des Wirtschaftsministers, den Kommunen größere Spielräume bei der eigenwirtschaftlichen Betätigung einzuräumen, ist loblich. Allerdings muss auch dafür gesorgt werden, dass andere Ministerien dies nicht blockieren“, sagte MdL Frank Kuschel. Die LINKE fordert seit Jahren eine Ausweitung der gesetzlichen Regelungen für die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen. Dazu gehört die Aufhebung der Schlechterstellung gegenüber der privaten Wirtschaft. Derzeit müssen Gemeinden, Städte und Landkreise eigene Leistungen zwangsweise privatisieren, wenn Unternehmen mindestens gleichwertig arbeiten könnten. Zudem dürfen sich Kommunen in weiten Teilen der Wirtschaft nicht engagieren. „Wenn es der erklärte Wille der Landespolitik ist, dass die Kommunen finanziell unabhängiger werden, dann müssen sie auch in der Wirtschaft Gewinne machen dürfen, die den öffentlichen Haushalten zugute kommen“, betonte der Landespolitiker. Die Linksfraktion hat bereits im vergangenen Jahr einen Gesetzentwurf eingereicht, danach sollen die Kommunen stärker als bisher möglich in erneuerbare Energien investieren dürfen. CDU und SPD haben den Gesetzentwurf im Innenausschuss abgelehnt. ■